

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 25

19.06.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

- **DAS JAHR 2018: SCHNELLER WACHSENDE WIRTSCHAFT, SINKENDES DEFIZIT.** Mit dem durch das Parlament verabschiedeten Budget für 2018 stehen auf der Ebene der Privathaushalte wie der Unternehmen weitere Besserungen ins Haus. Im Ergebnis des gebilligten Haushaltsplans bzw. der Steuersenkungen verbleiben den Privathaushalten im kommenden Jahr insgesamt 260 Milliarden Forint zusätzlich.
- **EXTREM VIELE TERRORANSCHLÄGE, IMMER MEHR RADIKALISIERTE ISLAMISTEN.** Laut aktueller Zusammenfassung von Europol fielen 2016 in acht EU-Mitgliedstaaten insgesamt 142 Menschen Terrorattacken zum Opfer, unter denen 135 Menschen ihr Leben bei Anschlägen verloren, die radikalen islamistischen Terroristen zugeschrieben werden können. Unterdessen nimmt die Zahl der inhaftierten Islamisten europaweit rasant zu.
- **DIE SOROS-ORGANISATIONEN DÜRFTEN PROVOKATIONEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT ANSTREBEN.** Das Parlament hat das Gesetz über die Transparenz von aus dem Ausland unterstützten Organisationen verabschiedet, woraufhin mehrere George Soros zuzuordnende Organisationen aus Protest zivilen Ungehorsam zeigen wollen. Gleichzeitig sind Gerüchte zu vernehmen, wonach diese Organisationen abgesehen davon, dass sie neuerdings nicht einmal mehr die Gesetze achten, im Herbst – zum Beginn der Wahlkampagne – mit dem Ziel von Provokationen Straßenbewegungen organisieren wollen.
- **DAS HALBJAHR DES LÁSZLÓ BOTKA: EINE SERIE VON PANNEN.** Die Aktionen des zuweilen als letzte Hoffnung der MSZP apostrophierten László Botka im ersten halben Jahr – welches aus Sicht der Wähler von entscheidender Bedeutung ist – sind eindeutig in eine Sackgasse geraten: Seit er auf die Bühne trat, verkündete er eine Reihe unpopulärer Versprechen, während er keine einzige Bestrebung in Verbindung mit einem Zusammenschluss des linken Lagers umzusetzen vermochte. Vor vier Jahren verfügte die sozialistische Partei im Großen und Ganzen über eine Million Sympathisanten, von denen bis heute ungefähr 600.000 übriggeblieben sind.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Jahr 2018: Schneller wachsende Wirtschaft, sinkendes Defizit

Mit dem durch das Parlament verabschiedeten Budget für 2018 stehen auf der Ebene der Privathaushalte wie der Unternehmen weitere Besserungen ins Haus. Im Ergebnis des gebilligten Haushaltsplans bzw. der Steuersenkungen verbleiben den Privathaushalten im kommenden Jahr insgesamt 260 Milliarden Forint zusätzlich.

In der verabschiedeten Version des Haushaltsentwurfs wurden die Zuwendungen des Wohnungsbauförderprogramms weiter erhöht, ein Erlass von Studentendarlehen für Frauen bewilligt bzw. deren Hypothekenschuldenrückstände von staatlicher Seite gesenkt sowie der Zeitraum des Kindererziehungsgeldes (gyed) für Frauen mit Hochschulabschluss verdoppelt. Diese Maßnahmen erleichtern noch einmal das Kinderkriegen und Familiengründungen.

Die Arbeitnehmer dürfen ähnlich wie schon in diesem Jahr mit Lohnerhöhungen von mehr als 8 Prozent rechnen; auf der Unternehmensseite ist abgesehen von den nochmals von 22 auf 20 Prozent sinkenden Abgabenlasten die Tatsache hervorzuheben, wonach der Steuersatz für Kleinfirmen auf 13 Prozent reduziert wird.

Unterm Strich können die Unternehmen im Ergebnis der gebilligten Maßnahmen 164 Milliarden Forint einsparen. Neben der Anhebung der Einnahmen- und der Ausgabenseite bildete die Regierung zudem eine Haushaltsreserve von 205 Milliarden Forint, um eventuell auftretende, unverhoffte Entwicklungen am Markt ausgleichen zu können.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Extrem viele Terroranschläge, immer mehr radikalisierte Islamisten

Laut aktueller Zusammenfassung von Europol fielen 2016 in acht EU-Mitgliedstaaten insgesamt 142 Menschen Terrorattacken zum Opfer, unter denen 135 Menschen ihr Leben bei Anschlägen verloren, die radikalen islamistischen Terroristen zugeschrieben werden können. Unterdessen nimmt die Zahl der inhaftierten Islamisten europaweit rasant zu.

Laut Statistiken der für die Koordination der polizeilichen Zusammenarbeit innerhalb der

Gemeinschaft zuständigen Organisation mit Sitz in Den Haag hatten die Behörden im vergangenen Jahr von 142 Anschlägen in Ländern der Europäischen Union Kenntnis. Mehr als die Hälfte dieser Attacken ereignete sich mit 76 Fällen in Großbritannien, Frankreich zählte 23 Anschläge, Italien 17, Spanien 10, Griechenland 6, Deutschland 5, Belgien 4 und die Niederlande einen.

Wenngleich die Mehrheit der Anschläge durch Täter verübt wurde, die zu einer Minderheit gehören, und bei denen ein nationalistischer oder separatistischer Hintergrund als Motivation anzusehen war, sorgten doch die radikal islamistischen Terroristen für die meisten, insgesamt 135 Todesopfer. Unter Attacken mit einem solchen Hintergrund wurden im vergangenen Jahr in Frankreich fünf, in Belgien und Deutschland jeweils vier verübt, unter denen zehn mit dem Tod der von den Tätern ausgewählten Opfer endeten.

Während die Anzahl der mit radikal islamistischen Terroristen in Verbindung zu bringenden Attentate von 17 im Jahre 2015 auf 13 im Vorjahr zurückging, zeigt die Statistik der Verhaftungen seit drei Jahren eine steigende Tendenz: Diese Zahl kletterte von 395 in 2014 über 687 in 2015 auf 718 Personen in 2016.

Mit Blick auf diese Zahlen ist es unbedingt erforderlich, die europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik zu überdenken, nachdem die Zahlen belegen, dass die hinter den Terroranschlägen stehenden Personen nahezu durchweg Einwanderer oder Personen mit Migrationshintergrund waren.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Soros-Organisationen dürften Provokationen in der Öffentlichkeit anstreben

Das Parlament hat das Gesetz über die Transparenz von aus dem Ausland unterstützten Organisationen verabschiedet, woraufhin mehrere George Soros zuzuordnende Organisationen aus Protest zivilen Ungehorsam zeigen wollen. Gleichzeitig sind Gerüchte zu vernehmen, wonach diese Organisationen abgesehen davon, dass sie neuerdings nicht einmal mehr die Gesetze achten, im Herbst – zum Beginn der Wahlkampagne – mit dem Ziel von Provokationen Straßenbewegungen organisieren wollen.

Laut Pressemeldungen wurden radikale Aktivisten im Zentrum Kunbábony der Stiftung „Zivilkollegium“ zum Thema ziviler Ungehorsam ausgebildet. Die politischen Aktivisten sollen ab Herbst wahrscheinlich durch die Besetzung von Immobilien der Regierungsparteien oder verschiedener staatlicher Einrichtungen anstreben, den Ausgang der Parlamentswahlen 2018 zu beeinflussen. An solchen Veranstaltungen nahmen mehrere mit George Soros liierte Organisationen teil, so Mitarbeiter der Ungarischen Helsinki-Kommission und von Migration Aid.

Derweil hat das Parlament jenes Gesetz verabschiedet, mit dem unter anderem die Transparenz dieser Organisationen angestrebt wird und welches die durch George Soros finanzierten Organisationen nicht bereit sind einzuhalten. Ausgangspunkt der Bewegung eines zivilen Ungehorsams ist die Gesellschaft für Freiheitsrechte, deren Geschäftsführerin in einem Interview bekannte, dass der größte Geldgeber die Open Society Foundation sei.

Das ungarische Rechtssystem kennt jedoch nicht den Begriff des zivilen Ungehorsams, weshalb auch diese Organisationen die gültigen Gesetze einzuhalten haben. Ihre Proteste sind zudem angesichts der Tatsache unverständlich, dass die Regierung, indem sie in mehreren Punkten den Empfehlungen der Venedig-Kommission stattgab, die Rechtsnorm in verschiedenen Punkten nachbesserte. Dieses aus Verfassungsexperten des Europarates bestehende Gremium ist obendrein der Ansicht, dass die Regelung bezüglich der Transparenz der in Ungarn mit ausländischer Unterstützung unterhaltenen Organisationen rechtmäßige Zielstellungen formuliert.

Das Halbjahr des László Botka: Eine Serie von Pannen

Die Aktionen des zuweilen als letzte Hoffnung der MSZP apostrophierten László Botka im ersten halben Jahr – welches aus Sicht der Wähler von entscheidender Bedeutung ist – sind eindeutig in eine Sackgasse geraten: Seit er auf die Bühne trat, verkündete er eine Reihe unpopulärer Versprechen, während er keine einzige Bestrebung in Verbindung mit einem Zusammenschluss des linken Lagers umzusetzen vermochte. Vor vier Jahren verfügte die sozialistische Partei im Großen und Ganzen über eine Million Sympathisanten, von denen bis heute ungefähr 600.000 übriggeblieben sind.

Vor einem halben Jahr wollte László Botka noch gar nicht Ministerpräsidentenkandidat der MSZP werden, sondern der Kandidat einer geschlossenen Linken. Das zu verwirklichen gelang ihm aber

nicht; vielmehr verstimmte er die übrigen Parteien des linksliberalen Lagers. Infolge seiner verfehlten Diktate dürfte ausgehend von den aktuellen Prozessen ein gleicher verbaler Schlagabtausch zwischen den linken Parteien über Monate hinweg vor sich gehen, wie dieser bereits vor vier Jahren zu beobachten war.

László Botka konnte darüber hinaus nicht vernünftig mit dem „Gyurcsány-Problem“ umgehen, indem er den gleichen Zweikampf wie schon vor 2014 entfachte, bei dem der aktuelle MSZP-Führer gewissermaßen im täglichen Takt über die Medien Botschaften an Ferenc Gyurcsány formuliert. Damit aber konzentrierte er die öffentliche Aufmerksamkeit ein weiteres Mal auf den früheren Ministerpräsidenten, der als heutiger Vorsitzender der DK diese Gelegenheit dankend wahrnimmt und entgegen den Absichten von László Botka sein Anhängerlager von 250.-300.000 Menschen geschlossen hinter sich scharen konnte, während die Gyurcsány nicht gut gesinnten Wähler des linken Lagers auch nicht zur MSZP strömten. Derweil haben sich die Gegensätze innerhalb der MSZP nicht legen können: Unter den bekannten Gesichtern der Sozialisten hat sich – ungeachtet einer deutlichen Mehrheit für den Kandidaten auf dem Parteikongress – noch keiner in der Öffentlichkeit begeistert hinter die Kandidatur von Botka gestellt.

Der Ministerpräsidentenkandidat der Sozialisten versucht zudem, die MSZP und sich selbst so darzustellen, als sei dies eine erneuerte, die Fehler der Vergangenheit hinter sich lassende Partei mitsamt ihrem Spitzenkandidaten. Dabei spricht László Botka von einem Bruch mit dem Zeitabschnitt vor 2010, während er selbst zu den tonangebenden Politikern jener Periode gehörte, in der er als Parlamentsabgeordneter sämtliche Entscheidungen der Regierungen Gyurcsány und Bajnai mittrug. Das aber lässt seine Person und seine politischen Botschaften reichlich unglaubwürdig erscheinen.

Ein weiterer schwerwiegender Fehler in der Politik von László Botka besteht darin, dass er nicht sein Amt als Oberbürgermeister von Szeged niederlegte. Auf diese Weise vermittelt er den Wählern jenes Bild, wonach er selbst nicht wirklich an einen Wahlsieg 2018 glaubt.

Des Weiteren gelangte László Botka im Zusammenhang mit seiner Vermögenserklärung und dem Szeviép-Skandal ebenfalls in eine unangenehme Lage, nachdem die lückenhafte Vermögenserklärung markante Angriffsflächen bot, weshalb Botka gleich zu Beginn seiner Wahlkampagne zu Erklärungsversuchen genötigt wurde, statt die Botschaft seines Programms verbreiten zu können.

Ebenso unverständlich ist, dass László Botka die Einwanderungspolitik der Regierung kritisiert, in einem Umfeld, da zwei Drittel der Ungarn (65 Prozent) ohne Rücksicht auf ihre Parteisymphathien diese Politik der Regierung unterstützen, wobei selbst noch 42 Prozent der Sympathisanten des linken Lagers die Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet als angemessen betrachten. Frühere ähnliche Äußerungen von MSZP-Politikern führten unter anderem dazu, dass die Unterstützung für die MSZP in den Jahren 2015 und 2016 zurückging oder bestenfalls stagnierte.

Ein weiterer schwerwiegender politischer Lapsus war es, dass sich László Botka zur gleichen Zeit wie George Soros in Brüssel aufhielt. In ähnlicher Weise ist es ebenso wie bei der Unterstützung der Migrationspolitik der EU ein Eigentor, die Gunst der Brüsseler Führung zu suchen, nachdem es hier um Fragen geht, welche das eigene Anhängerlager spalten und nicht mehren.

Ein ähnlicher Fehler bestand darin, dass er nicht bereit war, Medien Antworten zu geben, die sich mit seiner Vermögensbereicherung bzw. korruptionsverdächtigen und sonstigen, seine Person berührenden Angelegenheiten befassten. Auf diese Weise kann er in den Wählern den Eindruck verfestigen, dass es keine Erklärung für diese Angelegenheiten gibt. Obendrein ist für einen erstmals antretenden Ministerpräsidentenkandidaten jeder Medienauftritt von Vorteil, weil dadurch sein Bekanntheitsgrad steigt, ganz zu schweigen davon, dass die MSZP damit den übrigen Oppositionsparteien – unter anderem der DK oder auch der LMP – bedeutende Medienflächen überließ.

Last but not least versucht László Botka mit dem Slogan „Sollen die Reichen zahlen!“ die Popularität der MSZP auf eine Weise mittels ideologisch motivierter sozialer Versprechen zu steigern, welche in den Mittelschichten bedeutende Ängste wecken. Indem versäumt wurde, diese Zusagen mit Hintergrundkalkulationen und konkreten Vorschlägen zu untermauern, existiert der Vorschlag einzig und allein auf der Ebene oberflächlicher Wahlkampflogans.

PROGNOSE

- Am 19. Juni beginnen den ursprünglichen Plänen entsprechend die Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit).
- Am 22. Juni besuchen der peruanische Schriftsteller und Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa sowie der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck die auch als SorosUniversität bekannte CEU.
- Am 23. Juni findet die offizielle Amtseinführung des kürzlich gewählten serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić statt.
- Am 25. Juni kommt es in Italien zur zweiten Runde der Kommunalwahlen.
- Am 26. Juni, am kommenden Montag um 9 Uhr, wird im Pfarrhaus der „Ungarischen Heiligen“ in Budapest Abschied von der Schriftstellerin und Kossuth-Preisträgerin Anna Jókai genommen.